Übersicht über die im Jahr 2007 geschlossenen Verträge zur Überlassung von Material aus Bundeswehrbeständen an andere Staaten

Land	Gegenstand	Menge	Kaufpreis in EURO
Chile	KPz Leopard 2 A 4, Bergepanzer BPz 2, Pionierpanzer DACHS	54,10,2	Angabe nicht möglich*
Chile	Fzg (Lkw 2t, 5t)	407	5.950.000
Chile	M 113	22	225.000
Estland	Fzg (Lkw 2t, 5t u. 7t)	310	4.007.750
Finnland	KPz Leo 2 A4	15	3.750.000
Frankreich	Pyrotechnische Munition	7.500	273.286
Griechenland	Pyrotechnische Munition	50	30.250
Griechenland	M 113 und Zubehör	44	440.600
Kanada	KPz Leo 2 A4 und Materialpaket KPz	15	7.622.960
Kanada	Pyrotechnische Munition	3.000	90.150
Niederlande	Werferstationen PATRIOT	5	6.750.000
Norwegen	ABC-Spürpanzer FUCHS	6	1.370.176
Norwegen	Ausbildungsgerät für Panzer (Simulator)	2	100.000
Österreich	Elektronische Prüfgeräte für Kfz	4	30.000
Österreich	Motor-Boot, klein incl. Anhänger	7	70.000
Polen	Triebwerk AL - 21 f. Lfz. SU-22	1	8.000
Schweden	Ausbildungsgerät für Panzer	1 Paket	120.000
Schweden	27 mm Munition	11.610	232.200
Singapur	KPz Leo 2 und Peripherie	110	Angabe nicht möglich*
Süd Korea	WS - PATRIOT	8 Systeme	Angabe nicht möglich*
Irak	Lkw (div. Typen), Krankenwagen	280,100	unentgeltlich
Georgien	Sanitätsmaterial	1 Paket	unentgeltlich
Armenien	Sanitätsmaterial	1 Paket	unentgeltlich
Moldau	Sanitätsmaterial	1 Paket	unentgeltlich

* Über die Inhalte der Verträge wurde mit den Empfängern Vertraulichkeit sowie die Zustimmung des jeweiligen Partners zur Veröffentlichung im Zusammenhang mit den Verträgen vereinbart. In der Kürze der Zeit war es nicht möglich, von den Vertragspartnern die Zustimmung einzuholen.

35. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Wie viele Sammelausfuhrgenehmigungen wurden 2007 beantragt und genehmigt (bitte aufgeschlüsselt nach Empfängerstaaten bzw. multinationalen Programmbüros und Wert der Genehmigungen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Schauerte vom 23. Juni 2008

Im Jahr 2007 wurden 100 Sammelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von rund 5,05 Mrd. Euro erteilt. Die Werte der Sammelausfuhrgenehmigungen stellen das Gesamtvolumen dar, innerhalb dessen die jeweiligen Güter beliebig oft zwischen den zugelassenen Empfängern im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts transferiert werden können. Der Wert des Rüstungsgutes wird bei jedem Transfer von Deutschland in ein anderes Land verbucht. Aufgrund dieser mehrfachen Zählung sind die Werte deshalb nicht mit dem (deutlich geringeren) Warenwert der transferierten Güter gleichzusetzen. Eine Aufschlüsselung nach Empfängerstaaten bzw. multinationalen Programmbüros war in der für die Beantwortung einer schriftlichen Frage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Sammelausfuhrgenehmigungen werden grundsätzlich nur für Endverwender in NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten erteilt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

36. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der am Freitag dem 13. Juni 2008, 18:22 Uhr bei „süddeutsche.de“ vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, Dr. Jürgen Rüttgers, verlautbarten Einschätzung, dass die bisherige Deckelung des Schonvermögens für die Altersvorsorge bei Hartz-IV-Empfängern auf 250 Euro pro Lebensjahr/maximal 16 250 Euro, die betroffenen Menschen, obwohl sie nach ihren Möglichkeiten fürs Alter vorgesorgt hätten, in großer Zahl zu Hilfeempfängern des Staates machen würde?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Klaus Brandner vom 23. Juni 2008

Die in dem Artikel wiedergegebene Aussage des Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers, wonach die Begrenzung des Schonvermögens für die Altersvorsorge die betroffenen Menschen zu Hilfeempfängern des Staates macht, ist unzutreffend.

Würde der altersabhängige Freibetrag für die Altersvorsorge erhöht, so würden künftig auch diejenigen, die heute deshalb keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten, weil sie den Freibetrag von 250 Euro pro Lebensjahr übersteigen, zu Hilfeempfängern. Die Zahl der Hilfebedürftigen würde daher gerade dann zunehmen, wenn auch Personen, die heute aufgrund zu hohen Vermögens keine Leis-